



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Die SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Baden-Baden

Frau Oberbürgermeisterin
Margret Mergen

Rathaus

76530 Baden-Baden

Dr. Kurt Hochstuhl
Am Morgengraben 4
76532 Baden-Baden
Tel.: 07221/ 61733 p
0761/3806011 g
Mail: Kurt.Hochstuhl@googlemail.com
09.10.2018

Städtische Wohnungsbaupolitik: Mietwohnungsbau, Schussbach- und Aumattgelände, Änderung der Hauptsatzung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die 2015 im Auftrag der GSE erhobene Wohnraumbedarfsprognose war Teil des im selben Jahr verabschiedeten Wohnraumförderungskonzepts der Stadt Baden-Baden. In dieser Prognose wurde ein großer Bedarf an öffentlich gefördertem Wohnungsbau konstatiert.

Um diesen weiter zu fördern, beantragt die SPD-Fraktion eine Änderung der Städtischen Vergaberichtlinien. Analog zu dem sehr erfolgreichen Münsteraner Modell soll zukünftig städtisches Baugelände nur unter der Bedingung an Investoren vergeben werden, wenn diese sich vertraglich verpflichten, 30% der Gesamtwohnfläche für öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten (Münsteraner Modell).

Die Wohnraumbedarfsprognose von 2015 sieht eine steigende Nachfrage nach Wohnungen für Singles, Alleinerziehende usw. voraus. Gerade diese Bevölkerungsgruppen sind auf ausreichend vorhandene und bezahlbare Mietwohnungsangebote dringend angewiesen.

Die SPD-Fraktion nimmt die gesamtgesellschaftliche Debatte zum Anlass, Auskunft über die Entwicklung des städtischen Mietwohnungsbaus seit 2015 (mit besonderem Ausweis der Erst- und Anschlussunterbringung von Migranten) sowie über den Mietwohnungsbau allgemein in dieser Stadt zu erhalten.

Zur Verbesserung der Situation des städtischen Mietwohnungsbaus fordern wir bereits jetzt die Überplanung des gesamten in öffentlicher Hand (Stadt/GSE) befindlichen Schussbachareals mit Hilfe eines städtebaulichen Wettbewerbs. Nur so kann die Stadt auf schnell sich verändernde Situationen zeitnahe und angemessen



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Die SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Baden-Baden

reagieren.

Darüber hinaus fordert die SPD die Bebauung des noch zur Verfügung stehenden Geländes des ehemaligen Hartplatzes in der Aumatt mit dem Verwendungszweck Mietwohnungsbau.

Gemeinderat und Verwaltung werden darüber hinaus aufgefordert, im Rahmen der derzeit laufenden Diskussionen über die Änderung der Hauptsatzung, Vorschläge zu erarbeiten, wie die für die gesamte Stadtpolitik so wichtige Aufgabe der Schaffung und Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums öffentlich und transparent behandelt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kurt Hochstuhl
SPD-Fraktion im Gemeinderat

